



Einleitung

Proletariat Schweiz wurde für den Zweck ins Leben gerufen, aus der Schweiz ein freies, souveränes, neutrales und ökonomisch fortgeschrittenes Land mit einer gerechten und demokratischen Gesellschaft, einer lebendigen Kultur und einer gesunden und gebildeten Bevölkerung zu machen, das seiner Verantwortung als Teil unserer Welt gerecht wird.

Die Gründung unserer Partei wurde unvermeidbar, da sich die Schweiz seit einigen Jahrzehnten in eine immer fatalere Richtung entwickelt.

Die öffentliche Meinung wird weitgehend von einigen Medienmonopolen geprägt. Die Wirtschaft dient nur mehr den Reichsten der Reichen, während der Lebensstandard der einfachen Bevölkerung bestenfalls stagniert. Durch gezielte Verdummung und vorgeschriebenen Wert nihilismus wird unsere Gesellschaft in Verrohung und Dekadenz getrieben. Daneben wird auch noch am neoliberalen Wirtschaftssystem festgehalten, welches unser Land, wie den gesamten Planeten in eine ökonomische und ökologische Katastrophe treibt.

Die PS strebt eine grundlegende Umgestaltung unseres Landes an, um den Schritt in eine zukunftsfähige, moderne und nachhaltige volks orientierte Gesellschaft zu setzen und das Leben der Menschen durch eine rationale Politik zu verbessern.

Im Grunde sehen wir, dass Planwirtschaften, sowie freie Märkte gute Aspekte haben.

Wir möchten von diesen beiden Systemen die guten Aspekte nehmen und daraus eine Marktwirtschaft erstehen lassen, die auch staatliche Planung beinhaltet.

Somit lehnen wir es ab politische Schritte aus rein ideologischer Überlegung und ohne jede rationale Grundlage und Notwendigkeit zu beschliessen. Zudem halten wir das Erbe der Aufklärung, sowie die progressiven Elemente der Geschichte unseres Landes hoch.

Patriotismus bedeutet die Situation in der Schweiz zu Gunsten aller Menschen, die hier leben und nach ihren Möglichkeiten einen positiven Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten, zu verbessern, unser Land zu entwickeln und unsere positiven nationalen Traditionen fortzuführen. Ausserdem ist es für uns von zentraler Bedeutung, dass die Schweiz seine Verpflichtungen auf internationaler Bühne erfüllt, und einen positiven Faktor auf unserem Planeten darstellt.

Aussenpolitik

Die derzeitige Aussenpolitik lässt es nicht zu, dass die Schweiz als Willensnation seinen eigenen Weg geht.

Durch den Druck der Europäischen Union, ist die Schweiz gezwungen im Gleichschritt mit der Politik der USA zu gehen und richtet somit ihre ganze Aussenpolitik danach aus.

Dabei ist nicht nur die angeblich immerwährende Neutralität unter die Räder gekommen, nein, auch unsere Souveränität als Nationalstaat leidet massiv darunter.

Wer bestimmt, sind Lobbyisten in Bern, welche einzig und allein dem Interesse internationaler Konzerne dienen.

Um zur schweizerischen Souveränität zurückzufinden ist es von immenser Wichtigkeit dass die Geldschöpfung nur bei der SNB liegt. Das bedeutet nicht, dass sich die Schweiz abschotten soll, im Gegenteil: Die Schweiz soll mit allen Ländern freundschaftlich kooperieren. Immer, wenn es für sinnvoll erachtet wird sollen bilaterale Handelsabkommen geschlossen werden.

In der Aussenpolitik selbst muss die Neutralität an erster Stelle stehen. Die Schweiz darf sich ebenso wenig das Recht heraus nehmen, sich in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, wie es anderen Ländern erlaubt sein darf sich in schweizerische Angelegenheiten einzumischen.

Die Beziehungen zu anderen Ländern müssen auf gegenseitigen Respekt und auf Gleichwertigkeit beruhen. Es soll auf den Gebieten des Handels, der Wissenschaft, des Umweltschutzes, der Kultur und der Sicherheit zu gegenseitigem Vorteil kooperiert werden. Ausserdem soll die Schweiz, stets, wenn es als vorteilhaft erachtet wird, in internationalen Organisationen, welche sich um einen dieser Bereiche kümmern, Mitglied sein. Weitere Bereiche, für welche internationale Kooperation eine wichtige Rolle spielt, und in welchen sich die Schweiz engagieren muss, sind z.B. die Entwicklungshilfe und der Katastrophenschutz.

Des Weiteren soll die Schweiz sich bei internationalen Konflikten weiterhin als neutraler Vermittler anbieten und so zu einer sicheren, stabilen und friedlichen Welt beitragen sowie die freundschaftlichen Beziehungen zu anderen Ländern weiter ausbauen.

Wirtschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte zeigt deutlich, dass die Wirtschaft in einem neoliberalen Rahmen nicht mehr fähig ist, Fortschritte zu Gunsten der Mehrheit der Menschheit zu erzielen. Deshalb muss der Staat die demokratische Kontrolle über die zentralen Wirtschaftszweige erlangen und mittels eines Plans die Wirtschaft des Landes vorantreiben. Daneben müssen aber auch weiterhin marktwirtschaftliches Handeln und kreatives Privatunternehmertum insbesondere im Konsumgüterbereich und in weiten Teilen des Dienstleistungsbereichs die Bedürfnisse der Menschen befriedigen.

Derzeit fließen die Profite der Banken in private Taschen, machen sie jedoch Verluste, so werden diese im Endeffekt von der Bevölkerung getragen. Diese Verluste muss die Bevölkerung tragen, da die Pleite einer systemrelevanten Bank die gesamte Volkswirtschaft in Mitleidenschaft nehmen würde. Die einzige logische Konsequenz ist die Teilverstaatlichung aller in der Schweiz aktiver Banken. Dabei sollten die Banken jedoch, um das Risiko einer Misswirtschaft zu minimieren, nicht zentral verwaltet werden, sondern auf verschiedene Gebietskörperschaften aufgeteilt werden. Ähnliche Risiken wie Banken bergen auch Versicherungen, deshalb ist mit ihnen ebenso zu verfahren.

Es gibt gewisse ökonomische Bereiche, in welchen Privatwirtschaft und Konkurrenz entweder nicht möglich sind, oder auch nicht sinnvoll sind, da sie im Endeffekt mehr kosten und/oder einen schlechteren Service verursachen. Aus diesem Grunde ist es sinnvoll, dass die

Infrastruktur, der öffentliche Verkehr, der Bergbau, die Post, der medizinischen Sektor, die Strom- und Wasserversorgung, wie auch Telekommunikationsdienstleister in Hand des Staates sind. Ausserdem sollte der Staat, um privates Interesse an Konflikten und Unsicherheit zu vermeiden das Monopol über die Herstellung von Kriegswaffen haben. Der Gewinn aus Staatsunternehmen soll in die Zukunft des Landes investiert werden.

Die öffentliche Hand sollte, auf welcher Ebene auch immer massiv in den öffentlichen Wohnbau investieren. Hierbei sollte darauf geachtet werden, dass die Vergabe dieser Wohnungen im Unterschied zu der derzeitigen Situation in der Schweiz nicht mehr ausschliesslich über die soziale Schiene erfolgt, sondern, dass Wohnungen für die unterschiedlichsten Schichten gebaut werden und diese zu Marktpreisen vermietet werden, was durch zusätzliche Einnahmen auch die Finanzen für den Neubau von Wohnungen sicherstellt. Dabei soll jedoch in alte Mietverträge nicht eingegriffen werden. Insgesamt soll die öffentliche Hand dadurch einen Gewinn erwirtschaften, der in die Zukunft des öffentlichen Wohnbaus und in die Infrastruktur investiert werden kann.

Des Weiteren sollte ein Gesetz verabschiedet werden, wonach alle Grundstücke (ausgenommen Bauernhöfe und Ackerland), binnen 99 Jahren verstaatlicht werden. Diese Massnahme schadet heute noch niemanden direkt, verursacht allerdings ein langsames Sinken der Grundpreise / Mietzinsen, was Grundstücke als Spekulationsobjekte uninteressant macht, und somit einen zentralen Faktor für die derzeit steigenden Wohnkosten eliminiert. Ausserdem wird damit langfristig das Eigentum an Grundstücken vergesellschaftet, und damit ein wichtiger Schritt für eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft erreicht.

Arbeitsmarkt

Jene, die Arbeit haben, erkranken immer öfter an stressbedingten Krankheiten wie Burn-out. Proletariat Schweiz tritt dafür ein, dass das System des Arbeitsmarktes grundsätzlich umgeworfen wird. Es muss ein neues System her, welches die Leistung der Menschheit belohnt und die Menschen, welche willig und fähig sind, etwas zu leisten, nicht von dieser Leistung abhält. Dieses System muss darauf aufgebaut sein, dass jeder Mensch leistet, was er kann und dementsprechend entlohnt wird.

Ist eine Person arbeitslos, müssen zunächst einmal die Gründe für die Arbeitslosigkeit wie auch die Ausbildung ermittelt werden. Werden Leute mit einer derartigen Ausbildung im Moment benötigt, so soll die Person schleunigst an eine neue Stelle vermittelt werden. Werden keine Menschen mit dieser Ausbildung benötigt, so ist der Person je nach Möglichkeit eine Ausbildung ihrer Wahl zu zahlen, um diese Person für die Volkswirtschaft wieder nützlich zu machen oder als Alternative und wenn vorhanden, ein Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen, für welchen keine Ausbildung benötigt wird. Will eine Person weder arbeiten noch eine Ausbildung beginnen, so ist davon auszugehen, dass diese Person zum Überleben keine Arbeit benötigt.

Zur Förderung der Einstellung junger Frauen, welche wegen der Möglichkeit einer Schwangerschaft teils benachteiligt werden, sollen Unternehmen dazu verpflichtet werden, sich in Form einer Arbeitgeberabgabe gegen durch eine Karenz anfallende Kosten zu versichern.

Soziales

Proletariat Schweiz erachtet die Sozialleistungen im Bereich der Gesundheit, der Altersvorsorge und im Bereich der Unterstützung in Notsituationen als unantastbares Menschenrecht. Gerade deshalb müssen, um diese Leistungen weiter zu garantieren, gravierende Änderungen durchgeführt werden.

In der Schweiz gibt es im Moment ein ineffizientes Sozialsystem. Das System der Sozialversicherung ist kompliziert, teuer und bürokratisch und durch Höchstbeitragsgrundlage werden die besser Verdienenden von der Pflicht entbunden, einen entsprechend grösseren Teil zum Sozialsystem beitragen. Ausserdem befinden sich die Sozialversicherungsträger in permanenter finanzieller Not.

Proletariat Schweiz erachtet eine Umstrukturierung des Sozialsystems für notwendig. Die Sozialversicherung soll durch eine Abteilung des Finanzamts ersetzt werden. Die Sozialversicherungsbeiträge würden in diesem Zuge durch eine entsprechende Erhöhung der Lohn- und Einkommenssteuer ersetzt. Die Höchstbeitragsgrundlage muss abgeschafft werden. Die Leistungen der Sozialversicherungen muss in Zukunft der Staat tragen.

Durch diese einfache Umstrukturierung kann die Bürokratie beseitigt und das System effizient werden. Dadurch wird ein Budget geschaffen, das es erlaubt, die Selbstbehalte bei diversen Leistungen abzuschaffen, wodurch wiederum noch mehr Bürokratie eingespart werden würde.

Bildung

Wir sehen uns momentan mit einem totalen Versagen des veralteten Bildungssystems konfrontiert. In der Volksschule oder spätestens kurz danach wird die kindliche Neugier und der Drang zu lernen und Neues zu entdecken, zerstört, obwohl es doch gerade auch diese Dinge sind, welche die Menschheit auszeichnen. In der Jugend hat man dann viel zu früh die Wahl, eine von der Gesellschaft wenig geschätzte Lehre zu machen oder sich bis zur Matura durchzuschlagen und Dinge zu lernen, die man nach der Prüfung vergisst, da man sie teilweise sowieso nie wieder braucht bzw. ihren Zweck nicht vermittelt bekommt.

Während all dieser Zeit werden Begabungen nicht gefördert. Ist man in einem Fach begabt, sei es durch Talent, sei es durch Interesse, ist man heutzutage angehalten, sich nicht weiter mit diesem Thema auseinander zu setzen. Stattdessen muss man sich auf jene Fächer konzentrieren, in welche man weder Begabung noch Interesse mitbringt, um den Aufstieg in die nächste Klasse zu gewährleisten. Dadurch gehen immense Potentiale verloren.

In der Erwachsenenbildung geht sogar die Freiheit und Unentgeltlichkeit der Bildung verloren. Man hat nur mehr die Möglichkeit, kostenpflichtige Kurse z. B. auf der Volkshochschule zu besuchen. Dies widerspricht nicht nur dem Ideal, dass Bildung gratis sein sollte, sondern es hemmt die soziale und kulturelle Entwicklung der Gesellschaft. Daneben gibt es auch andere Formen der Bildung, die im Moment kostenpflichtig und somit für Kinder aus ärmeren Familien erschwert zugänglich sind. Dies sind z. B. Sportkurse, Tanzschulen, das Erlernen von Musikinstrumenten oder die Fahrschule. Proletariat Schweiz tritt aufgrund dieser Überlegungen

für eine Umgestaltung und weitgehende Vereinheitlichung des Bildungs- und Ausbildungssystems ein:

Die Schulpflicht sollte von 11 auf 15 Jahre ausgedehnt werden und vom 3. bis 18. Lebensjahr gelten. Zwischen dem Schulende und Lehranfang wird die Rekrutenschule absolviert. In den ersten 9 Jahren der Schulpflicht sollen die Kinder drei Stufen durchlaufen. Jeweils 3 Jahrgänge sollen in einer gemeinsamen Klasse zusammengefasst sein. Die Kinder bleiben somit als Richtwert 3 Jahre in einer Bildungsstufe, in welcher sie ein offenes, spielerisches und projektorientiertes Lernen erfahren sollen. Von diesem Richtwert kann und soll jedoch je nach Reife des Kindes abgewichen werden. Zur Betreuung der Kinder sollten neben den Lehrern auch Sozialarbeiter an den Schulen arbeiten, welche für die Kinder Ansprechpartner sind, auf persönliche Probleme reagieren und für das Wohlergehen der Kinder verantwortlich sind.

Mit je nach der persönlichen Reife ungefähr 12 Jahren sollen die Kinder in das Allgemeine Bildungssystem kommen. Dieses Allgemeine Bildungssystem soll eine Zusammenfassung aller mittleren und höheren Schulen wie auch der Berufsschulen, der Lehren, der Universitäten, der FHs und der Volkshochschulen sein. Dabei sollen die einzelnen Institutionen dennoch ihren Charakter beibehalten. Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren sind auf einer Stammschule angemeldet, an welcher sie als verpflichtendes Fach Sozialkunde besuchen müssen, in welchem die Persönlichkeit gebildet wird.

Das Allgemeine Bildungssystem soll die Lernenden nicht an einen gewissen Bildungsstandort knüpfen, sondern ihnen ermöglichen, das eigene Interesse zu verfolgen. Dafür ist es in Semesterkurse gegliedert, die an verschiedenen Bildungseinrichtungen besucht werden können. Voraussetzung für das Besuchen gewisser Kurse kann die erfolgreiche Absolvierung anderer Kurse sein. Diese Kurse sollen sämtliche Bereiche der Bildung erfassen. Dabei steht den Lernenden frei, sich gezielt in Richtung ihrer Interessen und ihres Berufswunsches zu bilden. Eine Ausnahme hierbei soll eine bestimmte Auswahl an Kursen sein, welche von ihrem Inhalt dem Stoff der derzeitigen Pflichtschule entsprechen. Diese müssen im Laufe der Schulpflicht absolviert werden.

Der Inhalt des gesamten Bildungssystems sollte ausserdem, soweit möglich, in einer öffentlichen Online-Datenbank frei zugänglich sein. Somit soll es Kindern wie Erwachsenen leichter möglich sein, sich in eine von ihnen gewünschte Richtung weiterzubilden und anschliessend nur bei einer Prüfung physischen anwesend sein zu müssen, um sich das Gelernte offiziell anerkennen zu lassen. Das Lernen mit Hilfe einer Online-Datenbank könnte ausserdem auch im Zuge des normalen Unterrichts dabei helfen, dass Schüler ja nach Interesse und Begabung einen individuellen Stoff lernen, wobei dem Lehrer eher die Rolle eines Coaches zufallen würde.

Das Besuchen von Kursen soll einem Jeden freistehen. Bis zum Alter von 28 Jahren soll durch finanzielle Unterstützung durch die Eltern und dem Staat gewährleistet werden, dass sich die Lernenden, so dies ihr Wunsch ist, voll und ganz auf ihre Ausbildung konzentrieren können. Wird über das Alter von 20 Jahren hinaus eine intensive Bildung, welche über das Besuchen einiger Kurse hinausgeht, in Anspruch genommen, hat man die Wahl, ob sie mindestens die Zeitspanne, welche jener ihrer derartigen Ausbildung entspricht, in der Schweiz bleiben, arbeiten und Steuern zahlen, als Form der Entwicklungshilfe ihr erworbenes Wissen in

Entwicklungsländern anwenden oder in ein anderes reiches Land auswandern und dem Staat die Kosten ihrer Bildung zurückerstatten.

Medien, Kunst und Kultur

Im Kapitalismus kommt den Medien eine zentrale Rolle zu. Sie werden durch grosse nationale oder internationale Konzerne gesteuert, entweder durch direkten Besitz oder durch die Abhängigkeit von Inseraten. Sie selbst wiederum kontrollieren die Politik durch Meinungsmache und die gezielte Förderung oder Diffamierung von Politikern. Dadurch ist die sogenannte Pressefreiheit ad absurdum geraten. Dieser zentrale Pfosten der Macht muss zerschlagen werden, um eine echte Demokratie in der Schweiz zu etablieren.

Dazu ist es nötig, die Besitzstruktur der Medien fundamental zu ändern. Die öffentlich-rechtlichen Medien müssen ein breites Angebot darstellen, das vom Volk demokratisch kontrolliert wird. Um die derzeit nicht existente Meinungsvielfalt zu gewährleisten, muss es aber ein breites Angebot alternativer Medien geben. Das Recht solche Medien zu führen soll bei sämtlichen politischen Organisationen, sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Vereinen, Bildungs- und Sportinstitutionen, Interessensvertretungen und anderen derartigen Gruppierungen liegen. Der Betreiber eines Mediums muss dabei für jeden auf den ersten Blick ersichtlich gekennzeichnet werden.

Kunst und Kultur unterliegt der persönlichen und kulturellen Freiheit. Dabei sollen staatliche Förderungen den traditionellen Institutionen zu Gute kommen, welche für die Gesellschaft zentral und identitätsbildend sind. Hier soll ermittelt werden, was die Bevölkerung von derartigen Institutionen erwartet und entsprechend darauf Rücksicht genommen werden.

Gesundheit

Es ist die Pflicht des Staates, der Bevölkerung das bestmögliche Gesundheitssystem unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Um diese Leistungen sicher zu stellen, sind jedoch einige Änderungen notwendig.

Die Schweiz leidet momentan unter einem Ärztemangel. Gleichzeitig gibt es für Menschen, die Medizin studieren wollen, absurde Hürden, da es auf den Universitäten zu wenige Plätze gibt. Um auch in Zukunft die medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, müssen durch die Einstellung neuer Professoren neue Plätze geschaffen werden. Steigt die Anzahl der Ärzte, wird es möglich, dass sich die Ärzte intensiver mit den einzelnen Patienten befassen.

Die Versorgung im Alter muss sichergestellt werden. Dafür muss der Staat genügend Pensionistenheime zur Verfügung stellen. In diesen Pensionistenheimen, wie auch in Pflegeheimen muss den Menschen ein würdevoller Lebensabend ermöglicht werden.

Zur gerechten Finanzierung des Gesundheitssystems soll eine Steuer auf gesundheitsschädliche Produkte erlassen werden, welche den Kosten, die der Konsum dieses

Produkt für die Gesellschaft hat, entspricht. Diese Steuern sollen auf den Verpackungen der Produkte oder auf Speisekarten angegeben werden.

Familie

Die Familien bilden den Kern der Gesellschaft und gelten daher als förderungswürdig. Den Menschen muss es ermöglicht werden, eine Familie zu bilden. Daher soll als sofortige Reform die künstliche Befruchtung im Falle von medizinischen Problemen den künftigen Eltern kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Zur finanziellen Unterstützung bei der Familiengründung soll ein zinsloser Hochzeitskredit bewilligt werden, welcher nach 10 Jahren zurückgezahlt werden muss. Nach jedem Kind soll ein Drittel des Kredits erlassen werden.

Umwelt und Lebensmittel

Die Umwelt stellt die zentrale Lebensgrundlage der Menschheit da und ist deshalb zu erhalten. Diese ist eng mit der Produktion von Lebensmitteln verknüpft.

Der Staat muss dafür Sorge tragen, dass der Anteil der nachhaltigen Energiegewinnung ansteigt. Dabei muss der Staat die vorhandenen Technologien ausbauen und in Forschungen neuer, sicherer Technologien wie z.B. der Kernfusion investieren.

Schädigt ein Produzent in der Schweiz die unmittelbare Umwelt, muss er die kompletten Kosten für die Gegenmaßnahmen tragen.

Die Konsumenten müssen ihr Verhalten nicht ändern, sondern die Konzerne.

Des Weiteren wird die PS den "jour d'arbre" als Feiertag einführen, bei dem es darum geht, Bäume im Land anpflanzen zu lassen. In der Schweiz muss dafür eine Bewilligung geholt werden und es wird daher als sinnvoll erachtet, Orte zu suchen, an denen das Anpflanzen geeignet wäre. Ausserhalb dieses Tages wird der Staat zusätzlich Bauern und andere Grundeigentümer unterstützen, welche viele Bäume anpflanzen. Das Bäume anpflanzen schadet der Wirtschaft nicht und macht einen Schritt in die richtige Richtung.

Atomenergie ist nicht gut, aber immer noch sauberer, als die meisten Verbrennungswerke. Deshalb erachten wir es als notwendig einen Atomausstieg auszuführen. Jedoch nicht sofort, denn ein sofortiger Atomausstieg ist realistisch gesehen nicht möglich. Stattdessen sollten erneuerbare und innovative Energiequellen, wie zum Beispiel Solarenergie oder Fusionsenergie gefördert werden.

Bei der Lebensmittelproduktion sind sich alle Experten einig, dass sich in den kommenden Jahrzehnten eine komplette Veränderung der Produktionsweisen abzeichnet. Durch die in der Entwicklung befindliche Vertikale Landwirtschaft wird die Pflanzenproduktion umweltfreundlicher und gesünder. Die dadurch frei werdenden Agrarflächen werden den Preis für Agrarland drücken und in Form von Weideflächen flächendeckend eine ethische Produktion tierischer Produkte bei gleichzeitig niedrigem Preis gewährleisten. Proletariat Schweiz tritt deshalb dafür

ein, dass sich der Staat im Aufbau der vertikalen Landwirtschaft engagieren soll und zukünftig die Versorgung mit Agrarprodukten mit halbstaatlicher Produktion sicherstellt, in welcher einzelne Landwirte einen Großteil der Verantwortung selbst übernehmen sollen. Damit wird das Überleben der Sortenvielfalt auch in Zukunft sichergestellt.

Wissenschaft und Technologie

Die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie ist die zentrale Stütze für jeden Fortschritt. Deshalb ist eine jede Investition in die Wissenschaft eine Investition in die Zukunft und künftigen Wohlstand.

Proletariat Schweiz tritt dafür ein, dass Wissenschaft und Technologie in der Schweiz zur Priorität werden. Naturwissenschaftliche und technologische Bereiche müssen jede mögliche Unterstützung durch den Staat bekommen. Bei Bedarf müssen neue Institutionen für Forschung geschaffen werden. Daneben muss sich die Schweiz bei internationalen Projekten beteiligen und alles tun, damit diese Projekte vorankommen.

Erkenntnisse der staatlichen Forschung müssen, wenn möglich, in staatseigenen Unternehmen umgesetzt und auf den heimischen, wie auch den internationalen Markt gelangen. Dadurch bekommt die Schweiz nicht nur Einnahmen aus dem Export und verbessert die Lebensbedingungen der Bevölkerung, sondern erlangt auch Bedeutung als global anerkannter Wissenschaftsstandort.

Auch Forschungen in Bereichen, welche nicht unmittelbar praktische Anwendungen mit sich bringen, beispielsweise Archäologie, Astronomie, Physik oder Zoologie sollen in jedem Fall gefördert werden, dies nicht nur, um die Schweiz als Wissenschaftsnation einen Namen zu machen, sondern auch um einen Beitrag zu leisten, das Wissen und das Selbstverständnis der Menschheit zu erweitern.

Es ist bemerkbar, dass sich die Automatisierung in der Schweiz etabliert. Unser Hauptanliegen ist es, dass die Automatisierung die Arbeitsstellen und den Wirtschaftsstandort nicht gefährdet.

Justiz und Sicherheit

Die Schweiz ist im Moment ein Land, das seine eigene Sicherheit nicht gewährleisten kann. Die Armee ist zu keiner eigenständigen Verteidigung fähig, was für ein neutrales Land besonders problematisch ist. Die Grenzen sind offen, weshalb keinerlei Kontrolle darüber besteht, wer in das Land kommt. Daneben bestehen in der Justiz einige grundlegende Probleme.

Proletariat Schweiz fordert, dass der Verteidigung keine Finanzen gekürzt werden. Daneben muss die Armee, um die demokratische Kontrolle zu gewährleisten, wie es eigentlich die Bundesverfassung gebieten würde, ein starkes Milizsystem erhalten.

Eine weitere Massnahme gegen die Kriminalität wäre eine Legalisierung der Droge Cannabis, wodurch einerseits die Qualität der Ware sichergestellt werden kann, andererseits kriminelle Strukturen einer wichtigen Einnahmequelle beraubt werden und Sicherheitskräfte für wichtigere

Aufgaben frei werden. Der Handel mit anderen Drogen hat eine zerstörerische Wirkung auf das Volk und muss daher stärker bekämpft werden.

Bekämpft werden die härteren Drogen durch die Inhaftierung deren, die diese Drogen verkaufen. Abhängige wiederum erhalten die benötigte Hilfe, sich von dieser Abhängigkeit zu lösen.

Des Weiteren ist es wichtig, dass es eine Änderungen der Strafmasse gibt.

Verbrechen, welche das Opfer für das ganze Leben beeinträchtigen, wie z.B.

Vergewaltigungen, Kindes- und Tiermissbrauchs oder häusliche Gewalt sollen härter bestraft werden. Ebenso härter bestraft werden sollen Verbrechen gegen die gesamte Gesellschaft, wie z.B. Korruption oder Amtsmissbrauch.

Zur politischen Sicherheit sollte zudem das Verbotsgesetz auf andere faschistische Strömungen, wie z.B. den Islamismus ausgeweitet werden und auch tatsächlich angewendet werden. Radikalisierte Personen sollten außerdem nicht, wie es im Moment oftmals geschieht, im Zuge eines gewöhnlichen Haftvollzugs weiter radikalisiert werden, sondern in neu zu schaffenden Deradikalisierungszentren untergebracht werden, wo sie auf eine Reintegration in die Gesellschaft vorbereitet werden sollten. Des Weiteren sollten auch gewisse religiöse Strömungen, welche für die Gesellschaft und/oder ihre eigenen Mitglieder schädlich sind, verboten werden. Der Verlust der Staatsbürgerschaft für Leute, die in ausländische Armeen dienen, soll auf Milizen, Söldner- und Terrororganisationen ausgeweitet werden, sowie auf mit diesen assoziierten, nicht unter Waffen stehenden Personen. Die Wiedereinreise gefährlicher Leute (z.B. Jihadisten) soll unterbunden werden.

In der Schweiz sind Waffen Teil der Kultur. Bei dem traditionellen Knabenschiessen können Jugendliche in Begleitung mit den Eltern ihre Geschicklichkeit ausprobieren, während sie gleichzeitig lernen, wie man mit einer Schusswaffe umgeht.

Falls die Schweiz jemals durch eine Aussenmacht eine Invasion erleidet, sind die Einwohner der Schweiz geschult mit einer Waffe umzugehen.

Um das Recht für den Besitz auf halbautomatische Waffen zu erlangen, gibt es zwei Wege:

- Durch die Vollendung der Rekrutenschule, die man in der Schweizer Armee absolviert hat, soll man, sofern man mündig ist, das Recht erhalten.
- Durch die aktive Mitgliedschaft eines Schützenvereins, die bereits 5 Jahre anhält, kann man das Recht erhalten.

Migration und Integration

Ein für die Gesellschaft immer wichtigeres Thema ist das der Migration und der Integration. Im Interesse der Liberalen erlebt die Schweiz eine Immigration, die in einen humanitären Mantel gehüllt, aber in Wirklichkeit von rein wirtschaftlichen Interessen getragen wird. Gleich einem modernen Sklavenhandel nimmt man den Tod unzähliger Menschen, welcher der Illusion des goldenen Europas folgen, in Kauf, um einen Nachschub an billigen Arbeitskräften und eine wachsende Zahl an Konsumenten sicherzustellen.

Durch die Immigration entstehen mehrere Parallelgesellschaften, die sich aufgrund der mangelhaften Integration stabilisieren, anstatt sich mit der Mehrheitsgesellschaft zu vermischen. Die in verschiedene Ethnien aufgeteilte Bevölkerung hat immer weniger Gemeinsamkeiten und ist daher leicht gegeneinander ausspielbar.

Um tatsächliche Hilfe zu gewährleisten, ist Hilfe vor Ort nötig. Sie ist effizienter, daher stets zu bevorzugen. Das gilt insbesondere für unterversorgte Menschen in den Flüchtlingslagern der Dritten Welt. Jedoch ist es offensichtlich, dass es bei der Aufnahme von Immigranten keineswegs darum geht, jemandem zu helfen. Dennoch gilt es festzuhalten, dass es eigentlich unsere Pflicht wäre, Menschen in Not zu helfen, was eben im Moment kaum geschieht. Deshalb fordert die PS die Hilfe für Flüchtlinge dort, wo sie sind, auszubauen.

Dabei sollten wir nicht vergessen, wie die Kriege durch westliche Finanzierung und Einmischung entstehen.

Jene Migranten bzw. Menschen mit Migrationshintergrund, die bereits hier sind, sind selbstverständlich Teil der schweizerischen Bevölkerung.

Für nicht eingebürgerte Menschen, die mindestens für 5 Jahre in der gleichen Gemeinde ansässig waren oder 10 Jahre in dem gleichen Kanton, haben das Abstimmungsrecht auf Gemeinde und Kantonsebene. Wählbar werden sie jedoch erst durch das Einbürgerungsverfahren.

Andererseits sollte die Integration grundsätzlich erst einmal gefördert werden. Zur Förderung der Integration sollte Immigranten auf digitalem Wege ein Deutschkurs sowie ein Kurs über Kultur, Tradition und Geschichte der Schweiz zur Verfügung gestellt werden. Anhand dessen, wie sehr sich die Menschen innerhalb einer gewissen Zeit damit beschäftigen, kann daneben eine Integrationswilligkeit quantifiziert werden.